

Wahlperiode 2020 – 2025

Niederschrift

**Über die 24. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses vom Freitag, den 15.03.2024,
Sitzungszimmer 109, Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7**

Sitzungsbeginn -öffentlicher Teil-: 14:00 Uhr

Sitzungsende -nichtöffentlicher Teil-: 14:32 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Andreas Müller

stimmberechtigte Mitglieder

Ursula Belz

Hans Günter Bertelmann

Wolfgang Braukmann-Siebel

Hermann-Josef Droege

Thomas Helmkampf

Jutta Capito Vertreterin für: André Jung

Bernd-Dieter Ferger

Waltraud Schäfer Vertreterin für: Anke Flender

Ullrich-Eberhardt Georgi

Julian Maletz

Meike Menn

Guido Müller

Ulrich Schmidt-Kalteich

Annette Scholl

Christian Zaum

entschuldigte Mitglieder

Marco Schmidt

Verwaltung

Tobias Wein, Dezernent I

Thomas Wüst, Dezernent III

Arno Wied, Dezernent IV

Thiemo Rosenthal, Dezernent V

Steffen Löhr, Persönlicher Referent des Landrates, Leiter Referat des Landrates

Torsten Manges, Referat des Landrates, Pressereferent

Rüdiger Pankratz, Leiter Amt für Kommunalaufsicht und Vergabeservice

Christoph Speicher, Amt für Kommunalaufsicht und Vergabeservice, Schriftführer

Michael Haßler, Leiter Amt für Immobilien

Olaf Vetter, Leiter Amt für Immissionsschutz und Kreislaufwirtschaft

Susanne Roth, Vorsitzende des Personalrates

Melanie Ballarini, Persönliche Assistentin des Landrates, Leitung Sachgebiet RL.1

Sandra Kis, Referat des Landrates, Geschäftsstelle Kreistag

Joylin Liyan Daniel, Referat des Landrates, Auszubildende

Markus Menn, Leiter Stabsstelle

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung
2. Anfragen
3. Tagesordnungspunkte für Kreisausschuss und Kreistag
 - 3.1 European Energy Award 2024 - 2028
Drucksache 10/2024
 - 3.2 ÖPNV Änderung der Satzung „Allgemeine Vorschrift Höchsttarif Regelbusverkehr“
Drucksache 11/2024
 - 3.3 ÖPNV; Anwendung des Deutschlandticket-Tarifes nach dem 30.04.2024
Drucksache 21/2024
 - 3.4 RAL Gütesiegel Mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung
Drucksache 35/2024
 - 3.5 Aufhebung Stellenausschreibung
Drucksache 39/2024
 - 3.6 Bestellung des allgemeinen Vertreters
Drucksache 40/2024
 - 3.7 Bewirtschaftung von Produkt und Leistungen, die einer Budgetkürzung unterliegen
hier: 01060201 Bürger- und Ehrenamtsservice
Drucksache 59/2024
 - 3.7.1 Bewirtschaftung von Produkt und Leistungen, die einer Budgetkürzung unterliegen
hier: 01060201 Bürger- und Ehrenamtsservice
Antrag zur Sache der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verschiebung der
Behandlung der Verwaltungsvorlage „Budgetkürzung Bürger- und Ehrenamtsservice“
Drucksache 68/2024
 2. Nachtrag
 - 3.8 Stundung, Niederschlagung, Erlass von Forderungen des Kreises Siegen-
Wittgenstein; Kenntnisnahme von Entscheidungen, die der Landrat aufgrund von
veränderten Beträgen in § 15 der Hauptsatzung getroffen hat
Drucksache 36/2024
 - 3.9 Einrichtung der offenen Ganztagschule an der Lindenschule
Drucksache 14/2024
 - 3.10 Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Arnsberg
und beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Münster)
Drucksache 26/2024

- 3.11 Übergangs-Kindertageseinrichtung „Baumrainklinik“ in Bad Berleburg Zentrum des Trägers DRK Kreisverband Siegen-Wittgenstein e. V.
- Defizitausgleich der durch die verspätete Fertigstellung angefallenen Minderfinanzierung
Drucksache 48/2024
- 3.12 Inklusionspauschale nach dem Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion (Inklusionsförderungsgesetz – InklFöG)
Vergleich mit dem Land Nordrhein-Westfalen
Drucksache 52/2024
- 3.13 Neugestaltung der Position 10 „Richtlinien zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA57) im Kreis Siegen-Wittgenstein“
Drucksache 49/2024
- 3.13.1 Neugestaltung der Position 10 „Richtlinien zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA57) im Kreis Siegen-Wittgenstein“
Drucksache 49/2024 1. Ergänzung
2. Nachtrag
- 3.14 Aufruf zur Nationalpark-Bewerbung durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Drucksache 62/2024
1. Nachtrag
- 3.14.1 Aufruf zur Nationalpark-Bewerbung durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Antrag zur Sache der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 62/2024
2. Nachtrag
- 3.15 Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für die Jahre 2024 und 2025
Drucksache 64/2024
4. Tagesordnungspunkte nur für Kreisausschuss
5. Anträge gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung
6. Verschiedenes

Sitzungsverlauf

Landrat Müller eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche Kreisausschusssitzung. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Landrat Müller schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

- 4.1 Grundwasserbohrungen Deponie Würgendorf
Drucksache 6/2024

und

- 4.2 Ausschreibung einer Beratungsleistung zur interkommunalen Zusammenarbeit
Drucksache 7/2024

aus dem öffentlichen in den nichtöffentlichen Teil der Kreisausschusssitzung zu verschieben. Diese seien versehentlich falsch gesetzt worden.

Auf Nachfrage von **Landrat Müller** werden keine Einwände gegen die geänderte Tagesordnung erhoben. Die Tagesordnung ist demnach wie geändert beschlossen.

1. Bericht der Verwaltung

Beratungsverlauf:

Es liegt kein Bericht vor.

2. Anfragen

Beratungsverlauf:

Es liegen keine Anfragen vor.

3. Tagesordnungspunkte für Kreisausschuss und Kreistag

3.1 European Energy Award 2024 - 2028

Drucksache 10/2024

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft schlägt vor,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

1. das energiepolitische Arbeitsprogramm für die Jahre 2024-2028 (Anlage).
2. dass etwaige notwendige Haushaltsmittel für die Umsetzung von Maßnahmen gesondert über Einzelbeschlüsse bzw. mit den Beschlüssen über die Haushaltspläne der jeweiligen Haushaltsjahre zur Verfügung gestellt werden.
3. dass der formelle Prozess des European Energy Awards nach der Auditierung im Jahr 2024 nicht fortgesetzt wird.
4. dass die Verwaltung im Ausschuss jährlich über die Sachstände der Maßnahmenumsetzungen berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.2 ÖPNV Änderung der Satzung „Allgemeine Vorschrift Höchsttarif Regelbusverkehr“

Drucksache 11/2024

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur schlägt vor,

der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt:

1. Der Kreis Siegen-Wittgenstein als Aufgabenträger des öffentlichen straßengebundenen Personennahverkehrs (ÖSPV) beschließt die Berücksichtigung von Sozialstandards in Form von Lohnanpassungen der Fahrerlöhne im Rahmen der allgemeinen Vorschrift Höchsttarif Regelbusverkehr (aV).
2. Die Tarifangleichung erfolgt in Form von Sprungkosten, wirksam ab dem 01.04.2024.
3. Die Ziffern 2.8 und 2.9, das Verzeichnis der Anlagen sowie die Anlagen 4 und 5 der Satzung „Allgemeine Vorschrift Höchsttarif Regelbusverkehr“ vom 20.12.2021 werden wie in der Anlage zu dieser Vorlage aufgeführt geändert bzw. ergänzt.
4. Die erforderlichen Finanzmittel werden aus dem Kreishaushalt bereitgestellt unter dem Vorbehalt der Zuschussfinanzierung durch den Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS). Die Mehrkosten der Folgejahre werden entsprechend über die Haushaltsplanungen angemeldet.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.3 ÖPNV; Anwendung des Deutschlandticket-Tarifes nach dem 30.04.2024
Drucksache 21/2024

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur schlägt vor,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt:

1. Der Kreis Siegen-Wittgenstein als Aufgabenträger des öffentlichen straßengebundenen Personennahverkehrs (ÖSPV) beschließt die Anwendung des Deutschlandticket-Tarifs zum Preis von 49,00 €/Monat als Höchsttarif im Sinne der Verordnung (EG) 1370/2007 über den 30.04.2024 hinaus befristet bis einschließlich **31.10.2024**.
2. Ziff. 9.2 der Satzung des Kreises Siegen-Wittgenstein über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im öffentlichen Personennahverkehr (Allgemeine Vorschrift Deutschlandticket) in der zuletzt gültigen Fassung erhält folgenden Wortlaut:

„9.2 Diese allgemeine Vorschrift tritt mit Ablauf des **31.10.2024** außer Kraft. Sie kann durch Beschluss des Kreistags des Kreises Siegen-Wittgenstein verlängert, geändert oder aufgehoben werden.“

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.4 RAL Gütesiegel Mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung Drucksache 35/2024

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur schlägt vor,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

dass der Kreis Siegen-Wittgenstein die Mitgliedschaft in der RAL-Gütegemeinschaft
„Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.5 Aufhebung Stellenausschreibung Drucksache 39/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt

das Verfahren zur Besetzung der Stelle der Kreisdirektorin/des Kreisdirektors aus sachlichen
Gründen zu beenden und zu einem späteren Zeitpunkt neu aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.6 Bestellung des allgemeinen Vertreters Drucksache 40/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt

Herrn Leitenden Kreisrechtsdirektor Dezernenten Tobias Thomas Wein ab dem 01.05.2024
bis zur Neuwahl eines Kreisdirektors/einer Kreisdirektorin zum allgemeinen Vertreter des
Landrats gem. § 47 I Kreisordnung NRW (KrO-NRW) zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

- 3.7 Bewirtschaftung von Produkt und Leistungen, die einer Budgetkürzung unterliegen hier: 01060201 Bürger- und Ehrenamtsservice**
Drucksache 59/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt:

1. Die freiwillige Aufgabe „Ehrenamtsservice“ wird nicht mehr fortgeführt.
2. Die in dem Produkt/der Leistung von einer Kürzung betroffenen zuvor veranschlagten Personalkosten in Höhe von 23.500 € werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

- 3.7.1 Bewirtschaftung von Produkt und Leistungen, die einer Budgetkürzung unterliegen hier: 01060201 Bürger- und Ehrenamtsservice**
Antrag zur Sache der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verschiebung der Behandlung der Verwaltungsvorlage „Budgetkürzung Bürger- und Ehrenamtsservice“
Drucksache 68/2024
2. Nachtrag

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss beschließt:

Die Behandlung und Beschlussfassung zu Drucksache DS 59/2024, geführt unter TOP 3.7. der Sitzung des Kreisausschusses und des Kreistages v. 15.03.24, wird in den Kreisausschuss/Kreistag v. 21.06.24 geschoben und dann um folgende Informationen ergänzt:

1. Die in der Drucksache aufgeführten Teilleistungen des Ehrenamtsservice werden mit ihrer jeweils differenzierten Kostenstruktur belegt.
2. Zu den in der Anlage genannten geplanten „Ehrenamtsseminare 2024“ werden die jeweils erwarteten Teilnehmerzahlen benannt und zusätzlich, soweit bekannt, die Teilnehmer des jeweiligen Seminars in 2023.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Landrat Müller teilt mit, dass von Verwaltungsseite zwischenzeitlich eine Kostenaufschlüsselung vorbereitet worden sei, die Kreisausschuss und Kreistag zur Verfügung gestellt werden könne, sofern der Antrag auch für den Kreistag gelten solle.

KT-Mitgl. Schmidt-Kalteich führt kurz zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus und bestätigt, dass der Antrag auch für den Kreistag gelte.

Landrat Müller gibt zu bedenken, dass ein Großteil der Ehrenamtsseminare bereits terminiert sei. Eine Entscheidung im Juni bedeute einen direkten Wegfall der Termine bis dahin und die Wahrscheinlichkeit, geeignete Referenten für die noch verbleibenden Seminare zu bekommen, sinke stetig. Daher das Angebot an die antragstellende Fraktion, sich in der Pause zwischen den beiden Gremien mit der Kostenaufstellung zu beschäftigen und über die Einbringung des Antrags auch im Kreistag zu entscheiden.

KT-Mitgl. Schmidt-Kalteich stimmt dem Vorschlag zu.

3.8 Stundung, Niederschlagung, Erlass von Forderungen des Kreises Siegen-Wittgenstein; Kenntnisnahme von Entscheidungen, die der Landrat aufgrund von veränderten Beträgen in § 15 der Hauptsatzung getroffen hat
Drucksache 36/2024

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung schlägt vor,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

von der als Anlage beigefügten Übersicht über die vom Landrat im Haushaltsjahr 2023 aufgrund der veränderten Beträge in § 15 der Hauptsatzung getroffenen Entscheidungen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.9 Einrichtung der offenen Ganztagsschule an der Lindenschule
Drucksache 14/2024

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule, Weiterbildung, Sport und Integration empfiehlt,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung der offenen Ganztagsschule an der Lindenschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache im Primarbereich des Kreises Siegen-Wittgenstein, zum Schuljahr 2025/2026 vorzubereiten und Zuwendungen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

KT-Mitgl. Müller bittet um Auskunft über den Stand der Befragung. Nach Aussage im Fachausschuss sei die Befragung bereits erfolgt. Nach Aussage der Eltern laufe die Befragung noch.

Dez. Wüst erklärt, dass nach seinem Kenntnisstand die Befragung noch laufe und es gerade einen Zwischenstand gäbe.

3.10 Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Arnsberg und beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Münster)

Drucksache 26/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

- a. die in der Anlage 1 aufgeführten Personen dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtes Arnsberg für die Wahlperiode vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2030
- b. die in der Anlage 2 aufgeführten Personen der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen (Münster) für die Wahlperiode vom 01.02.2025 bis zum 31.01.2030

als ehrenamtliche Richterinnen und Richter vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Landrat Müller stellt fest, dass von den Fraktionen FDP und DIE LINKE noch jeweils ein Vorschlag für das Verwaltungsgericht fehle.

KT-Mitgl. Müller schlägt Herrn Karl Heinz Jungbluth vor, **KT-Mitgl. Georgi** sich selbst und gibt bereits bekannt, dass für den Beschluss im Kreistag Einzelabstimmung über die Vorschläge beantragt werde.

3.11 Übergangs-Kindertageseinrichtung „Baumrainklinik“ in Bad Berleburg Zentrum des Trägers DRK Kreisverband Siegen-Wittgenstein e. V.

- Defizitausgleich der durch die verspätete Fertigstellung angefallenen

Minderfinanzierung

Drucksache 48/2024

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt

die Übernahme des angefallenen Defizits in Höhe von 124.837,48 Euro für das Kindergartenjahr 2022/2023 der Übergangs-Kindertageseinrichtung „Baumrainklinik“ in Bad Berleburg des Trägers DRK Kreisverband Siegen-Wittgenstein e. V.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

KT-Mitgl. Zaum stellt sich die Frage, ob ein Ausgleich gewollt sei und was die Verträge dazu aussagen. Er sehe kein Erfordernis eines Ausgleichs und sieht in dem Defizit ein unternehmerisches Risiko.

Landrat Müller erläutert, dass es sich um freiwillige Leistungen handele, weshalb ein Beschluss im Kreistag nötig sei. Dass sich das DRK als Träger zur Verfügung gestellt habe, sei ein Glücksfall, weshalb man sich bereit erklärt habe das DRK zu unterstützen. Die Anlaufverluste habe niemand zu vertreten. Diese Unterstützung sei keine Pflicht, aber fair und ein Signal in die Trägerlandschaft.

Dez. Wüst ergänzt dazu, dass der Kreis die Trägerschaft übernehmen müsse, wenn sich keine andere Institution hierzu bereit wäre. Damit seien für den Kreis automatisch ein schlechteres Ergebnis und damit auch höhere Kosten verbunden.

KT-Mitgl. Georgi bekräftigt, dass jeder andere Träger dasselbe Problem gehabt hätte.

Für **KT-Mitgl. Capito** ist das Thema nun nachvollziehbar. Sie wünsche sich jedoch eine Klarstellung, dass es sich um eine Ausnahme handele die keinen Präzedenzfall schaffe.

Dem stimmt **Landrat Müller** zu.

KT-Mitgl. Droege leuchten die Argumente ein.

3.12 Inklusionspauschale nach dem Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion (Inklusionsförderungsgesetz – InklFöG)

Vergleich mit dem Land Nordrhein-Westfalen

Drucksache 52/2024

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz empfiehlt,
der Jugendhilfeausschuss empfiehlt,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

dem Vergleichsentwurf des Ministeriums für Schule und Bildung NRW – MSB NRW – vom 10.01.2024, wonach der Kreis Siegen-Wittgenstein die für das Schuljahr 2022/2023 erhaltene Inklusionspauschale in Höhe von 617.022,58 € und einen Anteil der für das Schuljahr 2021/2022 erhaltenen Inklusionspauschale in Höhe von 257.787,97 €, also insgesamt 874.810,55 €, an das Land Nordrhein-Westfalen zurückzahlen muss, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

KT-Mitgl. Müller bittet um Auskunft darüber, wer die Inklusionshelfer aus der differenzierten Umlage des Kreises bezahlt habe.

KT-Mitgl. Droege bittet zudem um den entsprechenden Haushaltstitel. Auch möchte er wissen, wann aus Rechtsgründen abschließend eine Entscheidung getroffen werden müsse. Die Dringlichkeitsentscheidung stehe alternativ als Mittel zur Verfügung. Dem Ministerium wäre zudem eine Liste mit Fragen zu diesem Thema vorgelegt worden, zu der es bereits Antworten gäbe.

Dez. Wüst antwortet, dass er den Haushaltstitel nicht im Kopf habe, der Haushaltstitel im Sozialamt seiner Erinnerung nach mit „Integrationshelfer“ überschrieben sei. Eine konkrete Fristsetzung gäbe es nicht. Das Ministerium habe angekündigt, die Rückforderung der Inklusionspauschale zu prüfen, wenn bis Februar 2024 kein Vergleich zustande gekommen sei. Dem Vernehmen nach sei der Kreis Siegen-Wittgenstein der letzte, mit dem noch ein Vergleich geschlossen werden müsse.

Nachrichtlich für das Protokoll:

- *Im Sozialamt handelt es sich im Produkt 05.05.02 „Hilfe in besonderen Lebenslagen“, 5331020 „Kosten der integrativen Beschulung“*
- *Im Jugendamt handelt es sich im Produkt 06.04.04 „Hilfen für seelisch Behinderte“, 5331509 „Amb. Hilfen für seelisch behinderte Minderjährige“*

Landrat Müller schlägt vor, die Vergleichsvorlage zu beschließen, ohne das Ergebnis direkt an das Land weiterzugeben. Wenn neue Kommunikationskanäle zwischenzeitlich noch andere Lösungen ermöglichen würden, könne das so laufen.

Zur Historie erläutert Landrat Müller nochmals, dass das Ministerium, wie auch der Landkreistag eine Verwendung der Pauschalen im Haushalt nicht entgegenstehend verstanden hätten. Auch nach der Gesetzesänderung habe sich an dieser Meinung nichts geändert. Erst durch die gegenläufige Meinung des Landesrechnungshofes habe sich die Politik diese Argumentation zu eigen gemacht. Im Ergebnis würden daher nun mit allen Kreisen Vergleiche geschlossen.

Laut Aussage des Ministeriums hätten angeblich nur drei Kreise falsch gehandelt, so **KT-Mitgl. Droege**.

Landrat Müller ergänzt, dass die Pauschalen nur für Inklusionshelfer an Schulen gedacht seien. Er empfehle die Zustimmung zur Vorlage, da auch auf die vorsorglich gebildeten Rückstellungen zurückgegriffen werden könne und im Ergebnis eine Verbesserung von rund 300.000 € stehe.

Dez. Wüst teilt mit, dass der Kreis dem Ministerium einen Gegenvorschlag unterbreitet und mitgeteilt habe, dass die Gremienbefassung im Februar und März 2024 erfolge. Das Ministerium erwarte eine zeitnahe Entscheidung.

Nachrichtlich für das Protokoll: Frau Sophia Breuer, beschäftigt im zuständigen Referat 221, Schulgesetzgebung, Staatskirchenrecht, Rechtsangelegenheiten der sonderpädagogischen Förderung, Ferienordnung im Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen erklärte erneut, dass sie die exakte Zahl nicht im Kopf habe, es sei mit mindestens neun oder zehn Kommunen ein Vergleich geschlossen worden.

Landrat Müller appelliert nochmals an eine Zustimmung zum Vergleich.

KT-Mitgl. Georgi stellt fest, dass die Freie Christliche Schule nach Ansicht des Landesrechnungshofes kein Geld aus der Pauschale erhalten dürfe. Dennoch würden auch dort Inklusionshelfer benötigt.

Dez. Wüst ergänzt, dass die Inklusionspauschale gemäß der Einschätzung des Landesrechnungshofs für öffentliche Schulen zu verwenden sei. Da es sich bei der Freien Christlichen Schule um eine Ersatzschule handle, könnten die Mittel nicht dafür verwendet werden.

Landrat Müller stellt fest, dass dies zwar formal korrekt aber praktisch nicht nachvollziehbar sei.

3.13 Neugestaltung der Position 10 „Richtlinien zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA57) im Kreis Siegen-Wittgenstein“
Drucksache 49/2024

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

die **strukturelle Neugestaltung** der Position 10 der „Richtlinien zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Siegen-Wittgenstein“

1. in Bezug auf die strukturelle Neugestaltung der dynamisierten Personalkosten (Anlage 1),
2. in Bezug auf die strukturelle Neugestaltung der dynamisierten Sachkosten (Anlage 2) sowie
3. die Änderung beim Verfahren mit den dynamisierten Landesmitteln für die OKJA.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.13.1 Neugestaltung der Position 10 „Richtlinien zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA57) im Kreis Siegen-Wittgenstein“
Drucksache 49/2024 1. Ergänzung

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

die **strukturelle Neugestaltung** der Position 10 der „Richtlinien zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Siegen-Wittgenstein“

1. in Bezug auf die strukturelle Neugestaltung der dynamisierten Personalkosten (Anlage 1),
2. in Bezug auf die strukturelle Neugestaltung der dynamisierten Sachkosten (Anlage 2) sowie
3. die Änderung beim Verfahren mit den dynamisierten Landesmitteln für die OKJA.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.14 Aufruf zur Nationalpark-Bewerbung durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Drucksache 62/2024

1. Nachtrag

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt:

Der Kreis Siegen-Wittgenstein wird sich in dem von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingeleiteten Findungsprozess für einen zweiten Nationalpark nicht einbringen und auf eine Bewerbung als Nationalparkregion verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.14.1 Aufruf zur Nationalpark-Bewerbung durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Antrag zur Sache der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 62/2024

1. Nachtrag

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt:

1. Der Findungsprozess für einen 2. Nationalpark NRW in Siegen Wittgenstein wird fortgesetzt. Der Kreistag entscheidet in seiner Sitzung am 21.06.24 über den Eintritt in die Bewerbungsphase zu einem 2. Nationalpark.
2. Ziel der Fortführung der Findungsphase soll sein zu prüfen, inwieweit eine „konditionierte Bewerbung“ für den Kreis Siegen-Wittgenstein erreichbar erscheint und welche wenigen aber grundsätzlichen Rahmenbedingungen in eine Bewerbung und eine spätere Errichtung des Nationalparks und seiner Verordnung Niederschlag finden sollen, um eine konsensuale Einigung zum Eintritt in die Bewerbungsphase zu ermöglichen. Der Landrat

wird beauftragt dazu ein geeignetes Format oder/und Gremium zu entwickeln und einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Die Beratung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

3.15 Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für die Jahre 2024 und 2025

Drucksache 64/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss und der Kreistag

1. nehmen die Ausführungen in der Sachdarstellung zu den Auswirkungen der unter Beschlussvorlage Nummer 29/2024 1. Ergänzung durch den Kreistag beschlossenen Streichung der Haushaltsmittel für die Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände in Höhe von 100.000 € für das Jahr 2024 zur Kenntnis.
2. stellen außerplanmäßige Mittel in Höhe von 100.000 € für Zuschüsse an die Träger der freien Wohlfahrtspflege im Sinne der Drucksache 242/2012 für das Haushaltsjahr 2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung wird in den folgenden Kreistag geschoben.

Beratungsverlauf:

Landrat Müller erklärt, dass die Verwaltung bemüht sei den Kürzungsbeschluss umzusetzen und einen Deckungsvorschlag gesucht und gefunden habe.

KT-Mitgl. Georgi fragt, ob nicht Mittel aus einem anderen „Sozialtopf“ als Deckung verwendet werden könnten.

Landrat Müller erklärt, dass dies nicht möglich sei.

KT-Mitgl. Zaum stellt fest, dass die rechtliche Zahlungsverpflichtung auf Seite 4 im 1. Absatz zu finden sei und bittet um Auskunft über den entsprechenden Paragraphen der zur Vertragskündigung heranzuziehen sei.

Landrat Müller verweist hierzu auf den § 4 auf der Seite 7 der Vereinbarung.

KT-Mitgl. Müller regt eine Ergänzung der Beschlussvorlage um einen 3. Punkt der Vertragskündigung an.

4. Tagesordnungspunkte nur für Kreisausschuss

Beratungsverlauf:

Es liegen keine Punkte zur Beratung vor.

5. Anträge gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung

Beratungsverlauf:

Es liegen keine Anträge vor.

6. Verschiedenes

Beratungsverlauf:

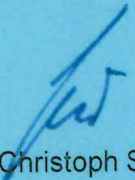
Es liegen keine Punkte zur Beratung vor.

Landrat Müller schließt um 14:26 Uhr die öffentliche Sitzung.

Der Landrat


Andreas Müller

Schriftführer


Christoph Speicher

